

**Der Grosse Rat
des Kantons Bern**

**Le Grand Conseil
du canton de Berne**

Montag (Nachmittag), 8. Juni 2015

Finanzdirektion

30 2015.RRGR.440 Bericht Geschäftsbericht mit Jahresrechnung 2014 des Kantons Bern

Antrag Löffel (Münchenbuchsee, EVP)

Band, 4 Geschäftsbericht 2014 Kanton Bern (1.5 Polizei- und Militärdirektion)

Seite 51 Motion 200-2009 Löffel, Münchenbuchsee (EVP), Baumgartner, Ostermundigen (EVP) vom 2. Juni 2009: Ordnungsdienstesätze bei Sportveranstaltungen (angenommen am 1.9.2009, Fristerstreckung bis Ende Jahr 2012 gewährt am 1.12.2011).

nicht Abschreibung

Präsident. Ich begrüsse Sie ganz herzlich zu dieser zweiten Sessionswoche. Ich habe mir vorgenommen, zwischendurch während der Session etwas aus diesem Buch hier «Ein Berner namens» vorzulesen. Wenn ich mich richtig erinnere, wurde in den vergangenen Jahren Ueli der Schreiber hier nicht zitiert. Deshalb habe ich angenommen, ich dürfe das wieder einmal machen. Er ist nicht immer ganz ernst zu nehmen, aber es gibt doch viele Themen, die gut mit unseren Ratsdebatten zusammenpassen. Sie werden sehen, welches Thema ich für heute gewählt habe. Ich hoffe, die Übersetzerinnen schaffen das:

«Ein Berner namens Eugen Bauer
fiel von der Bärengabenmauer
direkt vor einen grossen, schweren
und als brutal bekannten Bären.
Die Leute schrien ringsumher
und riefen nach der Feuerwehr.
Die Feuerwehr, nach kurzer Zeit,
erschien und senkte hilfsbereit
die lange Leiter an zwei Ketten,
um den Gefallenen zu retten.
Doch siehe: Bauer war intakt,
der Bär dagegen splinternackt
(indem sein Fell mit Haut und Haar
ganz einfach abgezogen war)
und suchte sich in Angst und Schrecken
vor Eugen Bauer zu verstecken.
Da wussten plötzlich allesamt:
Herr Bauer war vom Steueramt.»

(Heiterkeit)

Wie gesagt, ist das nicht immer ganz ernst zu nehmen, aber auch wir sind von unserer Steuerbehörde Klarheit, Transparenz und eine gute Arbeit gewohnt. Wir werden heute bekanntlich noch über diese Themen diskutieren.

Béatrice Stucki, Bern (SP), Kommissionssprecherin der FiKo. Ja, als Vertreterin der Finanzkom-

mission sind in meiner Wortmeldung die Steuern tatsächlich ein Thema. Nach mehr als einem Jahrzehnt mit positiven Rechnungsabschlüssen kam im Jahr 2012 der Jahresabschluss in roter Farbe daher, mit einem Defizit von 190 Mio. Franken. Die Finanzplanung für die Folgejahre sagte ein gleiches Ergebnis voraus, und entsprechend hart fielen die ASP-Massnahmen und die Debatten aus. Die Nerven von uns allen lagen oft blank. Umso grösser war die Überraschung, als dann der Rechnungsabschluss vorlag: Ein Überschuss in der Höhe von 210 Mio. Franken in der Laufenden Rechnung – budgetiert waren 10 Millionen. Mit diesem Erfolg hatte niemand gerechnet, vor allem auch deshalb nicht, weil letztes Jahr keine Nationalbankgelder ausbezahlt wurden, obwohl sie budgetiert waren.

Worauf ist also dieser Überschuss zurückzuführen? Ein kleiner Anteil des guten Resultats ist auf die ASP-Sparmassnahmen zurückzuführen. Der grosse Teil des Erfolges ist jedoch den Mehreinnahmen bei den Steuern zu verdanken. Hier hat offenbar jemand den Bären gut gehäutet. Diesbezüglich waren die Annahmen im Budget definitiv zu vorsichtig. Für die detaillierten Zahlen verweise ich auf den Geschäftsbericht oder auf den Bericht der FiKo, der alles in kürzerer Version wiedergibt. In diesem Bericht wird auf den Seiten 6 und 7 eine Übersicht darüber gegeben, welche Mehr- und welche Mindereinnahmen im Wesentlichen zu diesem Resultat beigetragen haben. Insbesondere erstaunlich ist die Differenz bei den Personalkosten: Es wurden 51 Mio. Franken weniger ausgegeben als geplant, 30 Mio. Franken sparte der Kanton aufgrund der verzögerten Wiederbesetzung von freien Stellen. Angesichts der Belastung des Personals und der im Vergleich zu andern Arbeitgebern auf dem Platz Bern oder im interkantonalen Vergleich immer noch bestehenden Lohnrückstände ist dies erstaunlich. Wegen der Auslagerung der Berner Fachhochschule und der PH Bern ist jedoch ein konkreter Vergleich mit dem Personalaufwand im Jahr 2014 schwierig. Erfreulich ist, dass mit diesem guten Ergebnis das Defizit von 2012 in einem Jahr abgetragen werden konnte, statt dies auf vier Jahre zu verteilen.

Auch 2014 wurden die Investitionen nicht im geplanten Mass umgesetzt. Die Gründe sind immer gleich: Der Kanton tritt in den meisten Fällen nicht als Bauherr auf, sondern als Subventionsgeber. Oder Projekte wie zum Beispiel das Tram Region Bern können nicht im Planjahr oder überhaupt nicht realisiert werden. So wird es beim Budgetieren der Investitionen immer Unsicherheiten geben und damit eventuell eben auch grössere Differenzen zum Rechnungsabschluss.

Noch ein paar Worte zum Ausblick: Die Budgets beziehungsweise die Jahresabschlüsse aller Kantone sind wegen der Unklarheit, ob die Nationalbank Gelder ausschütten wird oder nicht, ziemlich grossen Schwankungen ausgesetzt. Jetzt will der Regierungsrat so wie andere Kantone einen Fonds äufnen, der mit diesen Geldern gespeist werden soll. Die Vernehmlassung ist zurzeit am Laufen. Die FiKo ist gespannt auf das Ergebnis und wird das entsprechende Gesetz zuhanden der Novembersession im Grossen Rat beraten.

Wie eingangs gesagt, ist das gute Rechnungsergebnis 2014 zu einem grossen Teil auf Steuereinnahmen zurückzuführen. Steuereinnahmen sind schwierig zu budgetieren, die Schwankungen können je nach der Entwicklung der Wirtschaftslage sehr gross sein. So wird sich auch die Aufhebung der Euro-Anbindung an den Schweizer Franken mit grosser Sicherheit in den kommenden Jahren auf die Steuereinnahmen auswirken.

Der Geschäftsbericht und der Jahresbericht werden sowohl von der Finanzkontrolle als auch von der externen Kontrollstelle, der BDO, zur Genehmigung empfohlen.

Bevor ich zur Empfehlung der FiKo komme, bedanke ich mich bei der Finanzdirektorin, Regierungsrätin Beatrice Simon, und all ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Bereitschaft, Fragen der FiKo zum Geschäftsbericht mit Fachwissen, Recherchen und Verständnis zu beantworten – Verständnis insbesondere für die oft sehr kurzen Fristen für die Bearbeitung der Fragen. Aber das ist halt so bei der Arbeit mit einem Milizparlament. Auch wir haben jeweils nicht viel Zeit, den Bericht zu studieren und unsere Fragen zu formulieren. Ein riesiges Dankeschön geht deshalb auch an Dominique Cléménçon und an Pamela Schär, die unsere Kommission begleiten. Sie beide leisten eine super Arbeit unter grossem Zeitdruck. Merci vielmals.

Aufgrund des guten Ergebnisses der Jahresrechnung 2014 fiel der Diskussionsaufwand für die FiKo in diesem Jahr geringer aus als in andern Jahren. Die Anträge der FiKo finden Sie auf Seite 17 des Berichts. Wir bitten Sie, den Geschäftsbericht mit den dort publizierten Eckdaten zu genehmigen.

Die FiKo bittet Sie zudem, die folgenden drei Motionen noch nicht abzuschreiben: Erstens die Motion 23 aus dem Jahr 2013 «Überprüfung der Gehaltspolitik». Dieser Vorstoss wurde von den Grossräten Bernasconi, Burkhalter und Meier eingereicht. Zweitens die Motion 287, ebenfalls aus dem Jahr 2013, «Neue Personalgesetzgebung für den Kanton B, sowie drittens die Motion 301 aus dem Jahr 2013, «Nachhaltige Sanierung der Finanzen». Der Regierungsrat ist damit einverstanden, die-

se drei Vorstösse nicht abzuschreiben. Zur Nichtabschreibung der Motion Löffel und weiterer Personen unter dem Titel «Ordnungsdienstseinsätze bei Sportveranstaltungen» hat sich die FiKo nicht geäussert. Vielen Dank, wenn Sie unseren Empfehlungen folgen.

Präsident. Vielen Dank für die Erläuterungen zum Antrag der FiKo. Der angetönte Antrag von Grossrat Löffel zum Band 4 betrifft die Abschreibung einer Motion. Der Antragsteller hat das Wort.

Ruedi Löffel-Wenger, Münchenbuchsee (EVP). Wie Sie vorhin gehört haben, möchte die FiKo drei Motionen nicht abschreiben. Die Regierung ist damit einverstanden. Ich möchte Ihnen beliebt machen, auch noch eine vierte Motion nicht abzuschreiben. Sie stammt aus dem Jahr 2009. Sie wurde damals im September, also vor fast sechs Jahren, hier im Rat mit 112 zu 25 Stimmen überwiesen. Es geht um die Kosten der Ordnungsdienstseinsätze bei Sportveranstaltungen. Diese stiegen in den Jahren 2006 bis 2009 stark an, weil es in den Sportstadien so viel Radau gab. Mittlerweile haben sich diese Kosten stabilisiert oder sind sogar rückläufig. Aber die Forderung, die damals vom Grossen Rat mit einer erdrückenden Mehrheit überwiesen worden ist, ist heute noch nicht erfüllt. Die Forderung lautete, die übermässigen Kosten möglichst verursachergerecht weiterzuverrechnen und nicht aus den allgemeinen Staatsmitteln mitzufinanzieren. Ich lese Ihnen die Forderung, die wir damals überwiesen haben, vor: Der Regierungsrat sorgt dafür, dass «für Ordnungsdienstseinsätze bei Sportveranstaltungen keine zusätzlichen Steuergelder aufgewendet werden und dass die Kosten in Zukunft möglichst verursachergerecht weiterverrechnet werden». Die Regierung schreibt jetzt in Band 4, der die Abschreibungen der im Geschäftsbericht erwähnten Vorstösse enthält, dass mit dem Hooligenkonkordat eine entsprechende Steuerungsmöglichkeit bestehe. Ich und all diejenigen hier im Rat, die bereits damals Mitglieder des Grossrats waren, haben aber nicht die Schaffung einer Steuerungsmöglichkeit oder die Schaffung der rechtlichen Basis für eine solche Steuerungsmöglichkeit gefordert, um die Kosten verursachergerecht zu verrechnen. Vielmehr forderten wir, dass es tatsächlich so gemacht wird. Bis jetzt ist das aber immer noch nicht der Fall. Erst 2014 beim Cupfinal in Bern ging man so vor, basierend auf der neuen Möglichkeit, die aufgrund des Hooligankonkordats besteht. Aber insgesamt werden die Mehrkosten, die bei den grossen Sportveranstaltungen entstehen, noch nicht konsequent weiterverrechnet. Ich bitte Sie also, mich dabei zu unterstützen, diesen Vorstoss nicht abzuschreiben, damit die Polizeidirektion weiss, dass sie jetzt dort, wo es irgendwie möglich ist, konsequent vorgehen soll dort. Zum Beispiel in Zusammenarbeit mit dem Fussballverband, der nun bekanntlich auch Filmaufnahmen macht, damit man die Leute besser belangen kann. Ich habe in der vergangenen Woche mit dem Polizeidirektor gesprochen, als er hier anwesend war, und habe ihn gefragt, ob er sich heute im Rat dazu zu äussern werde, aber er verneinte. Allerdings lässt er Ihnen ausrichten, er sei mit der Nichtabschreibung ebenfalls einverstanden. Vielen Dank, wenn Sie mithelfen, diese Motion, diesen Auftrag an die Regierung, der seit sechs Jahren besteht, so stehen zu lassen, damit unsere Forderung konsequent umgesetzt wird.

Jakob Etter, Treiten (BDP). Sie haben es gesehen: Das vorliegende Ergebnis für das Jahr 2014 ist mehr als erfreulich. Mit einem Überschuss in der Höhe von 212 Millionen können wir zufrieden sein, und so stehen wir auch im überkantonalen Vergleich sehr gut da. Ein Selbstfinanzierungsgrad von 130 Prozent ist erfreulich und nicht unbedingt selbstverständlich. Stellen Sie sich vor, ASP hätte nie stattgefunden: Anstatt über diese 212 Millionen Überschuss müssten wir heute wahrscheinlich über 280 Millionen Defizit sprechen. Anstatt den Verlustvortrag aus dem Jahr 2002 vollständig abtragen zu können, würde sich der Verlustvortrag nochmals anhäufen. Aus dieser Optik können wir unserer Finanzdirektorin dankbar sein, dass sie zusammen mit der Regierung rechtzeitig die Zeichen der Zeit erkannt und die Notbremse gezogen hat. Es zeigt sich immer mehr, dass ASP nicht nur richtig, sondern auch im richtigen Moment vorgelegt wurde. Auch dürfen wir feststellen, dass der Kanton Bern in den letzten 15 Jahren 14-mal schwarze Zahlen geschrieben hat. Die kumulierten Überschüsse betragen mehr als 3 Mrd. Franken. In dieser Zeit gingen die Schulden um insgesamt 5 Mrd. Franken zurück, wobei gleichzeitig festgehalten werden muss, dass rund 2,5 Mrd. Franken dank dem Gold der Nationalbank zurückgingen. Aber immerhin wurden 2 Mrd. Franken aus den eigenen Mitteln erarbeitet. Zudem wurde der Fonds für Investitionsspitzen ins Leben gerufen, und es wurde der Spitalinvestitionsfonds eröffnet. In diese Fonds wurden aus den Überschüssen mehr als 1 Mrd. Franken überwiesen. Noch ein letztes Beispiel: Im März diskutierten wir darüber, ob sich aus diesem Fonds die Projekte im Bereich Aarwangen und Langenthal finanzieren liesse. Deren Finanzierung wäre ohne diese Mittel nicht möglich.

Zusätzlich wird jährlich mehr als 1 Mrd. Franken brutto investiert. Der grösste Teil der Investitionen fliesst in die Wirtschaft, erhält Arbeitsplätze und generiert eine namhafte Wertschöpfung für unseren Kanton. Das dürfen wir nicht vergessen. Aus meiner Sicht steht der Kanton Bern besser da, als gemeinhin gesagt wird.

Leider haben wir aber immer noch Altlasten: Wir haben immer noch Schulden in der Höhe von 7 Mrd. Franken. Aus diesen Gründen stehen wir auch im Steuerrating nicht so gut da, wie wir es gerne möchten. Es gibt in der heutigen Zeit keinen Grund, trotz oder wegen dieser guten Abschlüsse die Finanzschleuse wieder zu öffnen oder uns zurückzulehnen und zu sagen, bei uns sei alles paletti, wir hätten keine Finanzprobleme mehr. Im Gegenteil. Sie alle wissen es: Die Abgeltung der Nationalbank, diese rund 85 Mio. Franken, machen rund 40 Prozent dieses Gewinns aus, und wenn sie wegfallen, sieht unserer Rechnung ganz anders aus. Auch der Finanzausgleich unter den Kantonen steht zur Diskussion. Auch hier können wir künftig nicht mit einer Erhöhung rechnen, sondern müssen eher von einer Reduktion ausgehen. Die Wirtschaftslage sieht wegen der Kursänderung gegenüber dem Euro zudem auch nicht so rosig aus. Die Steuereinnahmen der juristischen Personen fielen im letzten Jahr zwar sehr erfreulich aus. Ob das künftig auch noch so sein wird, ist allerdings fraglich. Auch der Tourismus leidet unter dem veränderten Wechselkurs, befindet sich damit auch in einer Krise und steht unter Druck. Zurzeit liegen die Kurse fast bei null. Sollte sich dies ändern, sieht es für den Kanton und seine Finanzen wieder anders aus. Aus all diesen Gründen haben wir innerhalb des Steuerratings immer noch eine relativ schlechte Position. Es wäre durchaus auch möglich, unsere Steuern um etwa vier Zehntel zu reduzieren. Dann müsste man mit den Investitionen allerdings drastisch zurückfahren.

Zu den Anträgen: Die BDP-Fraktion unterstützt den Bericht der Finanzkommission. Sie ist mit den Nichtabschreibungen der Motionen einverstanden und unterstützt die Abschreibung der Motion Löffel. Ich bitte Sie, diesen Anträgen zuzustimmen.

Ursula Marti, Bern (SP). Vor uns liegt der Geschäftsbericht 2014. Bevor ich ihn inhaltlich kommentiere, möchte ich der Regierung und der Verwaltung im Namen der SP-JUSO-PSA-Fraktion für die im letzten Jahr geleistete grosse Arbeit für den Kanton Bern herzlich danken. Das letzte Jahr war nicht einfach, es war das erste Jahr der Umsetzung der massiven Sparmassnahmen der ASP. Die Verwaltung war sehr gefordert. Regierung und Verwaltung haben gewissenhaft gearbeitet und das Budget mit viel Umsicht verwaltet – nochmals herzlichen Dank.

Die Rechnung schliesst mit einem hohen Überschuss von 212 Mio. Franken ab. Und das, obwohl die budgetierten Einnahmen der Nationalbank in der Höhe von 82 Mio. Franken nicht eingetroffen sind und obwohl im Alters-, Pflege-, Behinderten- und Sozialbereich Mehrkosten entstanden sind.

Was sagt uns dieses Resultat? Erstens: Der Überschuss von 2014 bestätigt, was sich bereits beim Überschuss von 2013 zeigte: Die massiven ASP-Sparmassnahmen lagen zum Teil in sehr sensiblen Bereichen und waren klar nicht gerechtfertigt. Zum Teil waren sie zudem kontraproduktiv.

Zweitens: Die demografische Entwicklung der Bevölkerung ist eine grosse Herausforderung und wirkt sich finanziell insbesondere im Alters- und Pflegebereich aus. Wir müssen aufhören, bei Angeboten wie zum Beispiel der Spitex zu sparen, wie das gemäss ASP erfolgte. Es wird teurer, wenn die betroffenen Personen in einem Pflegeheim untergebracht werden müssen, weil ihnen die Unterstützung im Alltag fehlt. Drittens: Auch der Sozialbereich ist eine grosse Herausforderung, und zwar weil das Risiko, von Armut betroffen zu werden, grösser geworden ist. In den vergangenen Jahren wurden sowohl auf Bundes- als auch auf Kantonsebene schwerwiegende Entscheide getroffen. So wurde die Arbeitslosenversicherung gekürzt, die IV-Leistungen wurden massiv verschlechtert, und es gibt zudem weniger Stipendien. Der Grosse Rat hat die geplanten Familienergänzungsleistungen sang- und klanglos versenkt und die wichtigen Verbilligungen der Krankenkassenprämien massiv reduziert. Das Tüpfelchen auf dem I war, dass die JGK im vergangenen Jahr übereifrig und mit einer viel zu restriktiven Verordnung die Prämienverbilligungen noch viel stärker gesenkt hat, als beschlossen worden war. Umgekehrt werden die Lebenshaltungskosten immer höher. Die Krankenkassenprämien steigen ins Unermessliche, und die Wohnkosten sind für viele Menschen eine grosse Belastung. Und da wundert man sich, wenn die Sozialhilfekosten ansteigen, die Sozialhilfe, das letzte Netz, das all die vorgelagerten Mängel und Fehlentscheide auffangen muss. Finanzpolitisch heisst das: Wir müssen wieder in die vorgelagerten Massnahmen investieren, statt die Sozialhilfe noch stärker unter Druck zu setzen.

Viertens sagt uns der Geschäftsbericht, dass wir sowohl bei den natürlichen als auch bei den juristischen Personen über solide Steuereinnahmen verfügen. Das ist ein wertvolles Gut. Es zeigt, dass die Beschäftigungslage im Kanton Bern gut ist und dass die Unternehmen – es handelt sich dabei

vor allem um KMU – ein gutes Umfeld vorfinden. Dazu müssen wir Sorge tragen. Die SP wehrt sich gegen voreilige Steuersenkungen für Unternehmen. Den Unternehmen bringt es mehr, mit ihren Steuern zu einer guten Infrastruktur – Verkehr, Bildung, Gesundheit, intakte Umwelt und so weiter – beizutragen, als möglichst wenig Steuern zu bezahlen. Auch die SP teilt die Sorgen der Unternehmen wegen des hohen Euro-Kurses und wegen der ungewissen Situation hinsichtlich der Personenfreizügigkeit. Sie engagiert sich, damit die Unternehmen im Kanton Bern ein gutes Umfeld vorfinden. Das ist aber viel mehr als nur der Steuersatz; dazu gehört zum Beispiel auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Fünftens – ein letztes Fazit: Die SP will, dass sich der Kanton Bern weiterentwickelt und in seine Zukunft investiert. Wir freuen uns ausserordentlich darüber, dass Biel einer der Standorte des Innovationsparks Schweiz wird. Wir gratulieren dem Volkswirtschaftsdirektor Andreas Rickenbacher zu diesem grossen Erfolg, der nicht zuletzt dank seinem grossen persönlichen Einsatz zustande gekommen ist.

Die SP-JUSO-PSA-Fraktion genehmigt diesen Geschäftsbericht, wir stimmen sämtlichen Anträgen der Regierung und der Kommission zu und auch dem Antrag von Grossrat Löffel.

Natalie Imboden, Bern (Grüne). Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2014 hinterlassen bei der grünen Fraktion einen bittersüssen Nachgeschmack. Leider ist das, was bleibt, deutlich bitterer als süss. Süss ist der Überschuss in der Höhe von 212 Mio. Franken; das freut auch die grüne Fraktion. Mit Ausnahme des Jahres von 2012 reiht sich der positive Abschluss in eine ganze Perlenkette positiver Abschlüsse in den letzten Jahren ein. Bitter ist trotzdem – und das überwiegt leider –, dass im Geschäftsjahr 2014 viele Beschlüsse, die wir hier in der ASP-Debatte im Herbst 2013 beschlossen haben, bereits umgesetzt und ungeniessbare Folgen im Staate Bern haben. Wir erinnern uns alle gut an die grösste Spardebatte im Jahr 2013, die der Kanton Bern je führte. Damals, unter dem Eindruck des Defizits 2012, das aber eine Ausnahme war, wurden hier massive Abbau-massnahmen beschlossen. Wie wir in Zusammenhang mit der Debatte über den Fahrkostenabzug gesehen haben, wurden die einnahmeseitigen Massnahmen massiv zurechtgestutzt. Plötzlich konnte man einfach so auf zweistellige Millionenbeträge verzichten. Für die grüne Fraktion bewahrheitet sich ihre Position von damals, die sie in der Debatte rund um die ASP vertrat: Wir sind zu weit gegangen, wir sparten mehr, als notwendig und vertretbar war, und einige dieser Sparmassnahmen werden wieder als Bumerang hier in den Grossen Rat zurückkommen. Unsere Sparmassnahmen mögen zwar tabellarisch schön aussehen, aber wenn wir auf einmal im Altersbereich oder in der Sozialhilfe mehr Geld benötigen, werden wir das wieder anlässlich eines anderen Budgets diskutieren müssen. Mit den Überschüssen vom 2014 kann selbst das Defizit von 2012 längst und vollständig abgetragen werden. Der Finanzfehlbetrag des Kantons vom Jahr 2014 ist mit 1,6 Mrd. Franken auf einem Tiefststand im Vergleich mit den vergangenen zehn Jahren. Auch die Bruttoschuld liegt 2014 tiefer als vor dem Jahr 2012.

Bevor ich auf einzelne Punkte eingehe, möchte ich im Namen der grünen Fraktion all denjenigen der Finanzdirektion und der gesamten Kantonsverwaltung herzlich danken, die tagtäglich all das leisten, was in den dicken Bänden mit vielen Zahlen und Buchstaben abgebildet ist, die ihre tagtägliche Arbeit für das Wohl dieses Kantons und für die Allgemeinheit einsetzen. Angesichts des massiven Spardrucks und auch der Unsicherheiten in vielen Bereichen ist das keine Selbstverständlichkeit. Wir bitten die Finanzdirektorin als oberste Personalchefin, dies den Mitarbeitenden so mit auf den Weg zu geben. In diesem Zusammenhang erachten wir diese 51 Mio. Franken, die im Personalbereich als Budgetunterschreitung ausgewiesen sind, als kritisch. Man gab uns zur Antwort, es handle sich dabei unter anderem um eine verzögerte Stellenbesetzung. Das ist für uns schwierig nachzuvollziehen angesichts der Tatsache, dass wir hier in vielen Bereichen mehr als notwendig gespart haben und der Druck auf das restliche Personal massiv angestiegen ist.

Ein heikler Punkt sind und bleiben die Prämienverbilligungen. Es ist für uns unverständlich – dies an die Adresse des abwesenden JGK-Direktors Neuhaus –, warum der Kanton im Jahr 2014 27 Mio. Franken mehr gespart hat, als wir hier schon gespart haben. Wir haben hier die Prämienverbilligungen schon massiv heruntergespart und auf einmal gibt der Kanton noch einmal 27 Mio. Franken weniger aus. Es ist dann von Minderausgaben die Rede, aber solch beschönigende Begriffe sind für uns sozialpolitisch fatal und auch rechtlich fragwürdig. Im Bericht der Finanzkommission wird zu Recht kritisiert, dass diese Zahlen auch im Geschäftsbericht nicht sehr transparent dargelegt werden, und man muss sich fragen, warum man hier nicht mehr Transparenz schaffen will. Bei den Prämienverbilligungen ist die fehlende Transparenz aber insgesamt ein Problem. Gemäss dem vorliegenden Geschäftsbericht haben im Jahr 2014 42 000 Personen ihre Prämienverbilligungen verloren – ich komme zum Schluss –, aber die genaue Zahl ist nicht aufgeführt. Es geht um 22,7 Prozent

– diese Zahl steht nicht im Bericht. Diese Unterbietung ist nicht gerechtfertigt. Die grüne Fraktion genehmigt den Geschäftsbericht gemäss den vorliegenden Anträgen, wie gesagt, mit einem bitteren Nachgeschmack.

Franziska Schöni-Affolter, Bremgarten (glp). Die glp nimmt die Jahresrechnung 2014 mit Wohlwollen zur Kenntnis. Wir erkennen darin eine zunehmende finanzielle Stabilisierung unseres Kantons, der ja vorher etwas krankte. Das verdanken wir auf der Einnahmeseite den Steuereinnahmen, die uns positiv überraschten. Dies dank der guten Wirtschaftslage. Auf der Ausgabeseite läuteten wir die ASP ein, deren Sparmassnahmen sich jetzt langsam auswirken konnten. Die Konsequenz ist, dass wir besser dastehen. Im Moment ist aber noch kein Übermut am Platz, auch wenn wir 212 Mio. Franken mehr Einnahmen als Ausgaben zu verzeichnen haben. Ich möchte drei Punkte erwähnen: Erstens. Die Steuereinnahmen sind volatil. Wir wissen nie genau, wo wir stehen: 2012 schneite es uns diese 200 Mio. Franken herein, jetzt stehen wir auf einmal mit 200 Mio. Franken im positiven Bereich. Mit dem Wegfall der Stützung des Euro-Kurses besteht noch viel mehr die Gefahr, dass die Wirtschaft nicht unbedingt boomt, denn die Exportwirtschaft, von der wir auch abhängig sind, kommt nicht so gut vorwärts. Zweitens. Wegen der Unternehmenssteuerreform III ziehen dunklere Wolken am Himmel auf. Wir wissen noch überhaupt nicht, was da auf unseren Kanton zukommt. Drittens. Im Vergleich mit anderen Kantonen stehen wir auch hinsichtlich des Nationalen Finanzausgleichs noch nicht so gut da. Auch hier sollten wir in ein Mittelmass kommen und nicht mehr unter den grössten Bezüglern figurieren.

Die glp verfolgt die Strategie, auf dem Pfad der strukturellen Bereinigung der Kantonsaufgaben weiterzugehen. Wir müssen uns wirklich überlegen, was zur Aufgabe des Kantons gehört und was eben nicht. Das ist das grosse Plus, das wir mit der ASP ins Rollen bringen konnten. Wir haben es noch nicht komplett umgesetzt, aber wir konnten es immerhin ins Rollen bringen. Wir kritisieren aber auch die soeben erst beschlossene Verwässerung der Fahrkostenabzüge, die auch ein Paket der ASP war. Das kommt für uns etwas schräg daher.

Bei den Investitionen liegen wir 15 Prozent tiefer als budgetiert. Wir stellen das mit Erstaunen fest. Es wird also zum Beispiel nicht auf den Bau von Strassen verzichtet. Offenbar verträgt das der Kanton. Beim Finanzierungssaldo als Kennzahl der Bestimmung, ob wir die Investitionen aus eigenen Mitteln finanzieren können und uns nicht weiter verschulden, liegen wir bei 130 Prozent. Das ist gut, das liegt weit über 100 Prozent. Der Bilanzfehlbetrag schnellte im Jahr 2012 nach oben. Jetzt liegt er wieder unter demjenigen von 2011, er ist also um 60 Mio. Franken gesunken. Wir befinden uns also weiter im Trend nach unten, was die glp sehr unterstützt, denn wir wollen keine Schulden. Wir nehmen den Jahresbericht zur Kenntnis, unterstützen den Bericht der Finanzkommission und unterstützen auch die Forderung, die Motionen nicht abzuschreiben.

Barbara Streit-Stettler, Bern (EVP). 212 Mio. Franken Überschuss: Das tönt auf den ersten Blick nach «Friede, Freude, Eierkuchen». Wenn man aber diesen Betrag in Bezug zu andern Grössen setzt, sieht es ein bisschen anders aus. 212 Mio. Franken sind nur 2 Prozent der Gesamtrechnung, also eigentlich nur eine ganz kleine Abweichung. Zum Glück liegt sie im positiven Bereich. Sowohl der Ertrag als auch der Aufwand sind gegenüber dem Budget und dem Vorjahr gesunken. Auch hier hatten wir Glück, dass nicht nur der Ertrag, sondern auch der Aufwand gesunken ist. Wenn man sich durch die verschiedenen Direktionen hindurcharbeitet, wird deutlich, dass fast überall weniger Geld ausgegeben worden ist als budgetiert. Offensichtlich war man im vergangenen Jahr nach der grossen ASP-Debatte beim Geldausgeben äusserst vorsichtig. Das fällt vor allem beim Personalaufwand auf. Es resultiert ein Minderaufwand von sage und schreibe 51 Mio. Franken. Wie ist so etwas möglich? Wie wurde die Arbeit trotzdem erledigt, ohne diese vielen unbesetzten Stellen? Wir lesen jedenfalls nirgends, dass daraus ernsthafte Schwierigkeiten entstanden sind. Was heisst jetzt das für uns? Heisst das, dass die Kantonsverwaltung die gleiche Arbeit mit weniger Personal erledigen kann? Dass die gleiche Arbeit auch effizienter erledigt werden kann? Oder gab es mehr Burn-outs? Wurde Arbeit ausgelagert oder wurde sie auf einen späteren Zeitpunkt verschoben? Falls gespart wurde, indem Prioritäten gesetzt und Unwichtiges gestrichen wurde, oder indem etwas weniger Gutachten und Expertisen eingeholt wurden oder man vielleicht auch etwas weniger perfektionistisch war, würden wir das begrüßen. Von der Finanzdirektorin möchten wir gerne mehr darüber wissen, wie es möglich war, so viel beim Personal einsparen zu können. Diesbezüglich erhielten wir noch keine präzisen Antworten. Definitiv alarmierend sind die Einsparungen in der Höhe von 24 Mio. Franken bei der Polizei, die unter anderem «aufgrund von tieferem Personalbestand» erzielt wurden. Polizistinnen und Polizisten klagen seit Jahren über die hohe Belastung und die vielen

Überstunden. Da mutet es doch eigenartig an, wenn jetzt bei der Polizei sogar noch gespart wurde. Auch über diese massive Einsparung bei der Polizei möchten wir mehr wissen.

Der Kanton Bern ist sicher immer noch nicht auf Rosen gebettet. Das sage ich, auch wenn ich nicht Finanzdirektorin, sondern nur eine einfache Grossrätin bin. Darauf deuten auch die Haushaltverschlechterungen hin: 102 Mio. Franken. Der grösste Posten in diesem Bereich wurde im Sozial-, Alters- und Behindertenbereich erzielt. Mehrkosten seien wegen der demografischen Entwicklung entstanden. Dieser Effekt werde sich in den nächsten Jahren noch verstärken, ist im Kommentar zu lesen. Auch in andern sozialen Bereichen gab es Mehrausgaben. Die EVP beschäftigt es sehr, dass trotz guter Konjunktur – die Konjunktur war ja im Jahr 2014 wirklich sehr gut – die Anzahl von Menschen in schwierigen Lebenssituationen nicht abnimmt.

Ich komme zum Schluss: All die Eckdaten aus der Rechnung 2014 deuten doch darauf hin, dass auch in den kommenden Jahren eine ausgeglichene Rechnung für den Kanton Bern keine Selbstverständlichkeit ist. Wir werden immer wieder darum ringen müssen, wo wir die Prioritäten setzen wollen, welche öffentlichen Aufgaben wir in diesem Kanton haben wollen und in welcher Qualität. Dementsprechend haben wir in dieser Session einen Vorstoss eingereicht, der nicht einzelne Aufgaben im Fokus hat, sondern den allgemeinen Qualitätslevel. Wir werden den Anträgen der FiKo folgen und selbstverständlich auch dem Antrag von Ruedi Löffel.

Hans-Jörg Pfister, Zweisimmen (FDP). Die FDP ist hochofret über das Ergebnis vom 2014, über dieses positive Resultat. Wir hoffen, dass trotz dem guten Resultat die Regierung bei den Begehrlichkeiten für mehr Ausgaben nach wie vor gegenüber den Ämtern die Ausgabendisziplin aufbringt und ein waches Auge hat, und dass man hier die notwendigen Ausgaben wirklich gut überprüft. Die Finanzkommission weiss, dass man in Bezug auf Entschädigungen sehr oft sehr grosszügig ist. Es sendet auch ein gutes Signal aus, wenn man die Steuergesetzrevision dann in Angriff nimmt, wenn gute Resultate vorliegen. Dort erwartet die FDP, dass man im Steuerrating gegenüber anderen Kantonen eine Besserstellung anstreben könnte.

Ich sehe es nicht so, dass zu viel gespart wurde. Die ASP war nötig und ist noch nicht abgeschlossen. Noch immer besteht Handlungsbedarf und es müssen noch gewisse Dinge an die Hand genommen werden. Nur wenn wir das umsetzen, haben wir den Spielraum, um den Kanton im Steuerbereich besser zu stellen. Und das ist ein Ziel der FDP.

Sicher müssen wir in gewissen Bereichen über die Bücher gehen, also dort, wo wir aufgrund der ASP grosse Kürzungen vorgenommen haben. Aber der Bericht über die Vergünstigungen der Krankenkassenprämien ist nicht so gravierend ausgefallen, dass prozentual viel mehr Leute auf den sozialen Bereich gefallen sind. Wir müssen jetzt eine gewisse Zeit abwarten, bis die Ergebnisse vorliegen, aus denen wir unsere Schlüsse ziehen können. Die FDP genehmigt den Geschäftsbericht und die Rechnung, so wie sie vorliegen. Wir sind zudem bereit, die Motion nicht abzuschreiben.

Andreas Blank, Aarberg (SVP). Die SVP sieht das Ganze etwas weniger euphorisch als die meisten Vorredner. Die einzelnen Zahlen konnten Sie dem Geschäftsbericht und auch den Seiten 6 und 7 des Berichts der Finanzkommission entnehmen. Hauptgrund für den positiven Abschluss sind 280 Mio. Franken mehr Steuereinnahmen. Das ist eigentlich der einzige Grund. Was bisher in der Diskussion nicht erwähnt worden ist, möchte ich Ihnen nochmals in Erinnerung rufen: Es wurde von den Schulden erzählt. Die Schulden wären eigentlich rund 2 Mrd. Franken höher. Und zwar wegen den Verpflichtungen der Pensionskassen. Wenn man also nach HRM2 oder in der Privatwirtschaft nach «true and fair view» bilanzierte, müssten die Schulden jetzt in der Bilanz ersichtlich sein. Das müsste jedes Unternehmen so machen. Und wenn es der Kanton so gemacht hätte, käme er mit der Schuldenbremse in Konflikt, und das wollte er nicht. Er kennt einen Kniff, weil er selber der Gesetzgeber ist. Also wurde in der Pensionskassengesetzgebung verankert, dass man sie gleichzeitig zurückstellen kann. So tauchen die Schulden, die wir eigentlich haben, in der Bilanz gar nicht auf. Sie kommen dann später zum Vorschein, wenn wir die Aufwertungen der übrigen Aktiven machen, aber dann fällt es ein bisschen weniger auf.

Die Steuern sind nach wie vor zu hoch. Nach wie vor nehmen wir einen zu hohen Betrag aus dem Finanzausgleich. Den einen ist das egal, mir aber gefällt das weniger. Nach wie vor haben wir im Langfristvergleich ein Ausgabenwachstum. Ausnahmsweise, erstaunlicherweise und erfreulicherweise hat sich das in Zusammenhang mit diesem Jahr nicht ergeben, aber in der Vergangenheit ergab sich diese Entwicklung fast in jedem Jahr. Der AFP zeigt, dass das wohl auch in Zukunft wieder so sein wird. Für die SVP besteht deshalb klar Handlungsbedarf auf verschiedensten Ebenen. Ich begrüsse sehr die Frage, die Grossrätin Barbara Streit gestellt hat, nämlich, ob der Minderauf-

wand beim Personal aufgefallen ist, ob Leistungen abgebaut werden mussten oder qualitativ weniger gut ausgefallen sind. Wir fordern ja seit Jahren, mit weniger Leuten das Gleiche zu tun. Aber wir führen hier nicht eine grundsätzliche Finanzdebatte, sie werden wir wieder anlässlich des nächsten Voranschlags und AFP eingehend führen. Trotz all dem stimmt die SVP sämtlichen Anträgen zum Geschäftsbericht zu, bei der Motion Löffel werden einige die Abschreibung unterstützen und andere nicht.

Johann Ulrich Grädel, Huttwil/Schwarzenbach (EDU). 2014 war für uns ein gutes Jahr: 212 Mio. Franken Überschuss dank den ASP-Massnahmen und den guten Steuereinnahmen. Eigentlich nur dank den guten Steuereinnahmen, denn hätten wir diese 280 Mio. Franken nicht, hätten wir schon ein Defizit. Wir werden uns aber weiterhin darum kümmern müssen, denn die Wirtschaftslage wird vielleicht im nächsten Jahr etwas weniger gut sein und die Steuereinnahmen werden vielleicht etwas weniger hoch ausfallen. Deshalb sind die ASP-Massnahmen unbedingt nötig. Wir sind also noch nicht über dem Berg, der Schuldenberg ist immer noch hoch, die Pensionskassengelder eingerechnet ist er noch höher. Deshalb müssen wir dranbleiben. Also keine Motion einreichen, die wiederkehrende Kosten verursacht, sondern lieber Motionen einreichen, die Sparpotenzial beinhalten. Wir danken der Finanzdirektorin und ihren Mitarbeitenden für ihre Jahresrechnung, wir danken allen, die mitgearbeitet haben. Wir unterstützen alles, auch die Nichtabschreibung der Motion Löffel.

Beatrice Simon, Finanzdirektorin. Ich werde mich kurz fassen, da sich meine Vorrednerinnen und Vorredner bereits ausführlich zum Zahlenwerk geäussert haben. Auch der Regierungsrat ist über das Rechnungsergebnis 2014 sehr erfreut. Nachdem die Rechnung im Jahr 2012 wiederum einen tiefen Minusbetrag aufwies, liegt jetzt zum zweiten Mal in Folge wieder ein positives Rechnungsergebnis vor, und das ist gut so. Dass wir die finanzpolitische Kurve noch gerade so erwisch haben, fiel uns allen jedoch nicht einfach in den Schoss. Es mussten harte, zum Teil sehr harte Entlastungsmassnahmen beschlossen und umgesetzt werden. Auch hat sich der positive konjunkturelle Verlauf entsprechend auf die Steuererträge ausgewirkt und zum positiven Ergebnis beigetragen. Aber auch ich als Finanzdirektorin dieses grossen und schönen Kantons Bern halte einmal mehr fest: Es war nötig, ASP zu beschliessen. Hätten wir das nicht gemacht, würden wir heute wahrscheinlich über tiefrote Zahlen debattieren und uns darüber den Kopf zerbrechen, wie wir in den kommenden Jahren dieses Defizit ausgleichen könnten. Und hier ist es jetzt auch an mir als Finanzdirektorin, mich beim Grossen Rat zu bedanken: Sie haben die vom Regierungsrat vorgeschlagenen Massnahmen grösstenteils unterstützt. Das war wirklich nötig und ich weiss, es war nicht einfach. Wir erinnern uns alle an die Demonstrationen, Briefe und Mails und an all diese Massnahmen, womit man versuchte, Sie zu beeinflussen. Und trotzdem blieb die Mehrheit standhaft und sorgte dafür, dass die ASP-Massnahmen umgesetzt werden konnten. Das Resultat liegt heute vor.

Wenn man über den Rechnungsabschluss debattiert, ergibt sich auch immer die Gelegenheit, in die Zukunft zu blicken. Und diese ist nicht ganz so rosig, wie sie sich jetzt anhand des Rechnungsabschlusses zeigt. Wir wissen heute nicht, was die Nationalbank ausschütten wird und ob sie überhaupt in der Lage sein wird, etwas auszuschütten. Wegen der Grossratsbeschlüsse, die in der vergangenen Woche hier im Saal gefällt worden sind, ergeben sich aufgrund der Steuergesetzrevision 2016 Mindererträge. Auch wird unsere Buchhaltung wegen der Unternehmenssteuerreform III Mindereinnahmen in zweistelliger Millionenhöhe verkraften müssen. Wir wissen heute noch nicht genau, wie es aussehen wird, aber der Druck auf andere Kantone mit solchen Statusgesellschaften ist gross, so dass sie voraussichtlich bei den juristischen Personen die Steuern senken werden. So werden wir in Zugzwang geraten und dort sicher etwas machen müssen, damit unsere Firmen nicht wegziehen. Und zurzeit debattiert der Ständerat über den nationalen Finanzausgleich. Das Geschäft geht dann wieder zurück in den Nationalrat. Wenn die Version des Bundesrates gewählt wird, werden wir 90 Mio. Franken weniger in unser Zahlenwerk einbauen können. Wenn der Kompromiss gewählt wird, für den ich mich stark einsetze, wird uns zwar nur rund die Hälfte fehlen, aber es handelt sich bei beiden Varianten um einen grossen zweistelligen Millionenbetrag. Wir werden zudem im Alters-, Sozial-, Gesundheits- und Behindertenbereich einen Mehrbedarf haben, was unsere Kassen wieder massiv belasten wird. Zudem spricht der Bundesrat von Entlastungsmassnahmen auf Bundesebene. Wahrscheinlich geht er dabei nicht so vor, wie wir hier im Kanton Bern mit unseren Gemeinden: Wir haben nicht einfach die Gemeinden belastet, sondern wirklich Entlastungsmassnahmen beschlossen. Ich befürchte aber, dass es auf Bundesstufe nicht so laufen wird und wir Kantone diesbezüglich sehr wohl davon betroffen sein werden.

Das ganze Meccano wird noch zusätzlich durch die Aufhebung des Euro-Mindestkurses erschwert. Darüber, wie sich das auf unsere Wirtschaft auswirken wird, kann man im Moment nur Mutmassungen anstellen. Aber sicher wird die Situation nicht besser.

Die finanzpolitische Knochenarbeit geht also trotz positivem Rechnungsergebnis weiter. Wir müssen dranbleiben, ich habe es schon oft gesagt: Wir dürfen jetzt nicht nachgeben, wir dürfen jetzt die Handbremse nicht lösen. Dieser Zeitpunkt ist längst noch nicht gekommen. Zudem besteht absolut kein Spielraum für irgendwelche finanz- oder steuerpolitischen Experimente. Deshalb will der Regierungsrat die Finanzpolitik der «ruhigen Hand» weiterführen. Ein ausgeglichener Staatshaushalt bei guten staatlichen Leistungsangeboten ist und bleibt das Ziel der Regierung. In Bezug auf die laufenden Arbeiten für den Voranschlag 2016 und den Aufgaben- und Finanzplan der folgenden Jahre bedeutet das für den Regierungsrat konkret, in der laufenden Rechnung wieder positive Planjahrszahlen zu präsentieren, Überschüsse zu erzielen und so eine Neuverschuldung verhindern.

Erlauben Sie mir noch eine Bemerkung in Bezug auf den nationalen Finanzausgleich. Diverse Voten hier im Saal versuchten folgenden Zusammenhang herzustellen: Die Tatsache, dass man die Finanzen im Griff hat, hat zwingend Einfluss auf den nationalen Finanzausgleich. Ich habe es bereits in der vergangenen Woche gesagt und sage es jetzt nochmals, denn das ist wirklich wichtig: Es ist wunderbar, wenn wir die Finanzen im Griff haben, aber das hat keinen direkten Einfluss auf das Ressourcenpotenzial. Ressourcenpotenzial bedeutet nichts anderes als die Frage, wie viel Steuersubstrat wir von den einzelnen Steuerpflichtigen, seien es natürliche oder juristische Personen, generieren können. Und hier hat der Kanton Bern, obwohl er die Finanzen im Griff hat, eine Schwäche: Wir sind schlicht nicht ressourcenstark. Das hat letztendlich auch damit zu tun, dass wir aus einem Bergbauer nicht einfach einen Rohstoffhändler machen und so mehr Geld generieren können. Damit habe ich überhaupt nichts gegen die Bergbauern gesagt, sie sind ganz wichtig, aber ich habe versucht, ein Bild zu vermitteln. Das ist der massgebende Punkt und einer der massgebendsten Faktoren für den Finanzausgleich. Und deshalb: Es ist wichtig, die Finanzen im Griff zu haben, aber allein damit schaffen wir noch keinen direkten Einfluss auf den Finanzausgleich. Ich bitte Sie, dem Geschäftsbericht zuzustimmen.

Präsident. Wir bereinigen Traktandum 30. Zuerst stimmen wir über den Antrag Löffel ab. Wer dem Antrag zustimmt, stimmt ja, wer ihn ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung (Antrag Löffel)

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja 130

Nein 13

Enthalten 3

Präsident. Der Rat hat den Antrag Löffel angenommen. Damit kommen wir zum Bericht der Finanzkommission mit ihren Anträgen auf Seite 17. Dort befindet sich der Antrag der Finanzkommission auf Genehmigung des Geschäftsberichtes, der Kreditüberschreitungen und der Anträge auf Nichtabschreibung der Vorstösse. Wir stimmen über das Ganze ab. Ist das Vorgehen bestritten? – Das ist nicht der Fall. Wer dem Bericht mit all den Anträgen der FiKo zustimmt, stimmt ja, wer dies ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung (Bericht/Anträge FiKo)

Der Grosse Rat beschliesst:

Genehmigt

Ja 145

Nein 0

Enthalten 1

Präsident. Der Rat hat dem Bericht und den Anträgen der FiKo zugestimmt und den Geschäftsbe-

richt genehmigt.